Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/232
17.08.2006

Innenausschuss

13. Sitzung (öffentlich)

17. August 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:00 Uhr

Vorsitz: Winfried Schittges (CDU)

Protokollerstellung: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

1 Aktuelle Viertelstunde 1

hier: **Errichtung einer Anti-Terror-Datei**

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Innenministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.

2 Aktuelle Viertelstunde 4

hier: **1. Welche Erkenntnisse liegen vor zu den Bombenfunden am Hauptbahnhof Dortmund und Hauptbahnhof Koblenz am 31. Juli beziehungsweise 1. August 2006?**

2. Welche Erkenntnisse liegen vor zu den in Großbritannien geplanten Anschlägen?

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Innenministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.

Seite

3 Bundeseinheitlichkeit von Einbürgerungsverfahren herstellen - Nordrhein-Westfalen erteilt CDU/CSU-Innenministern Absage für zusätzliche Tests, Fragebögen oder Kurse 6

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1427
Vorlage 14/472

- Beratung und Abstimmung

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen lehnt der Ausschuss den Antrag ab.

4 Katastrophenschutz stärken - Ehrenamt im Bevölkerungsschutz unterstützen - „Kleinen Grenzverkehr“ im Bevölkerungsschutz mit den Niederlanden und Belgien optimieren 8

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1877

- Beratung und Abstimmung

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen stimmt der Ausschuss dem Antrag zu.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen lehnt der Ausschuss den geänderten Entschließungsantrag der SPD-Fraktion ab.

5 „Rauchwarnmelder-Bonus“ in der Gebäudeversicherung 12

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1026

Ausschussprotokoll 14/191

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion sowie gegen die Stimmen der Grünen-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - Ausschuss dem - federführenden - Ausschuss für Bauen und Verkehr, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abzulehnen.

Seite

6 Beratungspflicht für Eltern junger Straftäter - Jugendstrafrecht stärken, Prävention ausbauen 14

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1546

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen empfiehlt der - mitberatende - Ausschuss dem - federführenden - Rechtsausschuss, den Antrag anzunehmen.

7 Vom Petitionsausschuss als Material gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Landtags überwiesene Petition zum Zuständigkeitsbereich des Ausschusses 14

Vorlage 14/455

Der Ausschuss befasst sich mit der Petition.

8 Bereitschaftspolizei 15

- Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Innenministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.

9 Todesfall in der Abschiebehaft Neuss 17

- Bericht der Landesregierung

Beratungsbedarf zu dem schriftlich erteilten Bericht besteht nicht.

10 Polizeieinsatz anlässlich der Demonstrationen am 3. Juni 2006 in Düsseldorf 17

- Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Innenministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.

Seite

11 Nachbereitung des Einsatzes der Polizei bei der Fußballweltmeisterschaft 2006 - Erfahrungen und Schlussfolgerungen 23

- Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss befasst sich mit dem schriftlichen Bericht des Innenministeriums.

12 Konsequenzen aus dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 4. April 2006 - 1 BvR 518/02 zur sog. Rasterfahndung 24

- Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Staatssekretär Karl Peter Brendel (IM) entgegen.

13 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten im Ausländerwesen 25

Vorlage 14/559

Der Ausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Innenausschuss hat sich in seiner heutigen Sitzung mit dem vorliegenden Verordnungsentwurf befasst. Einwände gegen den Entwurf und die Veröffentlichung der Verordnung wurden nicht erhoben.“

14 Pläne des Landrates des Rhein-Erft-Kreises, Werner Stump, und des NRW-Innenministers, einige Polizeiwachen im Erftkreis nachts und an den Wochenenden zu schließen 25

- Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Innenministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.

15 Verschiedenes 27

Der Ausschuss nimmt eine Mitteilung des Vorsitzenden entgegen.

*****

Dr. Karsten Rudolph (SPD) erinnert an das politische Versprechen, keine Wachen im Lande zu schließen. - Im Zusammenhang mit der Umgliederung der Binnenmodernisierung würden keine Wachen geschlossen, betont **Innenminister Dr. Ingo Wolf**.

15 Verschiedenes

Vorsitzender Winfried Schittges teilt mit, der Vorsitzende des Ausschusses für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie habe ihn unterrichtet, dass eine ganztägige Anhörung am Donnerstag, 24. August, ab 10:30 Uhr im Plenarsaal zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung zum Hochschulfreiheitsgesetz geplant sei. Weil der Gesetzentwurf auch Fragen aus dem Zuständigkeitsbereich des Innenausschusses berühre, seien alle Ausschussmitglieder zur Teilnahme eingeladen. Daher habe er einer nachrichtlichen Beteiligung des Innenausschusses an der Anhörung zugestimmt.

gez. W. Schittges

Vorsitzender

hoe/30.08.2006/01.09.2006

162